

FÜR EINE ÖFFENTLICHE KIRCHE

Warum Glaube politisch ist

■ Heinrich Bedford-Strohm

Politisch oder unpolitisch?

Soll die Kirche politisch sein? Um diese Frage wird gestritten. Manchen ist die Kirche zu politisch, anderen nicht politisch genug. Für die einen mischt sie sich zu viel ein in die politischen Auseinandersetzungen, für die anderen noch längst nicht genug. Die Frage ‚Soll die Kirche politisch sein?‘ klingt so, als gäbe es eine Wahl, als könnte die Kirche nicht-politisch oder unpolitisch sein. Hat die Kirche also eine Wahl? Nein, auch wenn die Kirche unpolitisch wäre, wäre sie politisch. Wenn sich die Kirche den Fragen und Problemen des gesellschaftlichen Zusammenlebens und der politischen Entscheidungen verweigern würde, wäre auch dies nicht unpolitisch, sondern höchst politisch. Ein Rückzug hinter die vermeintlich sicheren Kirchenmauern und die nur noch private Sorge um das Heil der Einzelnen wären nicht unpolitisch. Der Rückzug würde den öffentlichen Raum und den politischen Prozess, das Ringen um die Grundfragen des Zusammenlebens schlicht anderen Mächten und Gewalten überlassen. Dies aber darf, um Gottes und der Menschen willen, nicht sein.

Die Kirche ist öffentlich und sie ist politisch, weil diese Welt von Gott geschaffen ist und weil Gott sie so sehr geliebt hat, dass er in Jesus Christus in diese Welt gekommen ist, um sie mit sich zu versöhnen und sie heilsam zu verwandeln. Diese rettende Liebe Gottes zu bezeugen und ihr handelnd zu entsprechen – dies ist der Auftrag der Kirche und dieser Auftrag ist eminent politisch.

„Nein, auch wenn die Kirche unpolitisch wäre, wäre sie politisch.“

Wie soll die Kirche politisch sein?

Soll die Kirche also politisch sein? Ja, sie soll es, weil sie es immer schon ist. Aber wie politisch soll die Kirche sein? Anders gewendet könnte man fragen: Wie soll die Kirche politisch sein? Es geht, dies soll die kleine Verschiebung anzeigen, nicht um die quantitative Frage eines bloßen ‚mehr oder weniger politisch‘, es geht vielmehr um

eine qualitative Frage. ‚Wie soll die Kirche politisch sein?‘ heißt dann: Für welche Inhalte steht die Kirche, wofür und für wen setzt sie sich ein? Und weiter gefragt: Auf welche Weise beteiligt sich die Kirche am politischen Prozess, in dem die Entscheidungen getroffen werden, welche die Gestalt des Gemeinwesens und damit das gemeinsame Leben betreffen. In der Teilhabe an diesen politischen Aushandlungsprozessen zeigt sich, in welcher Weise die Kirche eine ‚Öffentliche Kirche‘ ist. Die Positionen, die die Kirche im politischen Prozess einnimmt, müssen gegründet sein im Evangelium von Jesus Christus: die Wahrung der Menschenwürde jedes einzelnen Menschen, die anwaltliche Stimme für die Armen und Ausgeschlossenen, der Einsatz für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. Eine ‚Öffentliche Kirche‘ speist diese tiefsten Impulse des christlichen Glaubens ein in die gesellschaftlichen und politischen Verständigungsprozesse. Sie übersetzt gleichsam die in der Glaubenspraxis verankerten und in der Sprache des Glaubens formulierten starken Wertungen in die geteilte Sprache öffentlicher Vernunft. Damit ermöglicht sie auch denjenigen, welche die Glaubensüberzeugungen nicht teilen, die in diesen Überzeugungen wurzelnden Erfahrungen wahrzunehmen, abzuwägen und in ihrer das Gemeinwohl fördernden Kraft einzuschätzen.

Diesen Prozess der Verständigung dürfen wir uns nicht zu harmonisch vorstellen und zwar auf beiden Seiten der Übersetzung nicht. Was es für die Kirchen bedeutet, aus den Basiserfahrungen des Evangeliums konkrete politische Positionen abzuleiten, bedarf der geduldigen und hörbereiten Klärung. Und auch im gesellschaftlichen und politischen Raum ist es nicht ausgemacht, ob kirchliche Positionen wertschätzend aufgenommen oder eher kritisch befragt oder gar marginalisiert werden. Eine in diesem Sinne ‚Öffentliche Kirche‘ beteiligt sich in Kooperation und, wenn nötig, auch im Konflikt am politischen Prozess.

Öffentliche Kirche – Jenseits von Funktionalisierung und Abgrenzung

Diese Selbstbeschreibung von Kirche als ‚Öffentliche Kirche‘ möchte ich unterschieden sehen von zwei anderen Beschreibungen des Verhältnisses von Kirche und Gesellschaft. Es gibt eine Verhältnisbestimmung, die kirchliches Handeln ganz auf die Bedürfnisse und Anforderungen der modernen pluralistischen Gesellschaft bezieht, Kirche also von ihrer Funktion für die Gesellschaft und ihren Leistungen für andere Teilbereiche der Gesellschaft her beschreibt. Diese

‚gesellschaftsdiakonische Kirche‘ oder schlicht ‚Gesellschaftskirche‘ lässt sich so sehr von der Intention bestimmen, an gesellschaftlichen Prozessen teilzuhaben, dass die inhaltliche Bestimmtheit ihres Handelns durch das Evangelium von Jesus Christus zweitrangig zu werden droht. Damit aber verliert die Kirche ihre kritische und unterscheidende Kraft im Gegenüber auch zu gesellschaftlichen Fehlentwicklungen, die zu ihrer Identifikation einer Außenperspektive bedürfen.

Für eine andere Verhältnisbestimmung wiederum von Kirche und Gesellschaft wird diese Unterscheidung der Perspektiven und wird die Abgrenzung so wichtig, dass die kooperative Dimension der Teilhabe an gesellschaftlichen und politischen Prozessen sehr grundsätzlich in Frage steht. Kirche wird in dieser Selbstbeschreibung zu einer ‚Kontrastgesellschaft‘ – je nach theologischer und politischer Präferenz zu einer eher konservativ gestimmten ‚heiligen Kontrastgesellschaft‘, die überkommene Werte und Traditionen zu schützen vornimmt, oder zu einer eher progressiv gestimmten ‚prophetischen Kontrastgesellschaft‘, die sich als Speerspitze des gesellschaftlichen Wandels versteht.

Zwischen diesen Verhältnisbestimmungen einer ‚Gesellschaftskirche‘ oder einer ‚Kontrastgesellschaft‘, die jeweils auf ihre Weise die Unterscheidung zwischen Kirche und Gesellschaft auflösen oder überhöhen, steht das Modell einer ‚Öffentlichen Kirche‘, die ihre Positionen einerseits aus den Quellen des Evangeliums von Jesus Christus und aus der sozialen Praxis gelebten Glaubens schöpft und andererseits in Konflikt und Kooperation, im Modus des Zeugnisses ebenso wie im Modus des Argumentierens mit den Mitteln öffentlicher Vernunft an der Aushandlung politischer Entscheidungen teilnimmt. In dieser doppelten Bestimmtheit durch eine substantielle Vorstellung und Praxis eines ‚guten Lebens‘ und durch die Teilhabe an den vielfältigen Aushandlungsprozessen einer pluralistischen Gesellschaft unterscheidet sich die Kirche zunächst einmal nicht von anderen Gruppen, Gemeinschaften und Akteurinnen im politischen Raum, die ihre jeweiligen Vorstellungen einbringen. Der Ordnungsrahmen einer freiheitlichen Demokratie lebt ja davon und wird erst dadurch auch mit Leben gefüllt, dass vielfältige Begegnungen, Verständigungsprozesse und auch Grenzziehungen stattfinden.

Kirche in der Zivilgesellschaft

Kirche bewegt sich so in dem Raum, den man heute vielfach als ‚Zivilgesellschaft‘ bezeichnet. Damit ist der gesellschaftliche Bereich gemeint, in dem weder der Staat hoheitlich oder versorgend handelt, noch Individuen am ‚Markt‘ ihre wirtschaftlichen



Eigeninteressen vertreten. Zivilgesellschaft markiert jenen ‚Zwischenraum‘, in dem Zusammenschlüsse, Vereine, Gemeinschaften und Initiativen Menschen zu einem gemeinsamen Engagement für das Zusammenleben verbinden. Hier ist ein wesentlicher Ort des Politischen in einer freiheitlichen Gesellschaft von Bürgern. Heißt das, wie manche meinen, dass Kirche nicht mehr ist als ein ‚Verein‘ unter anderen Vereinen, dass sie damit die Größe ihrer Berufung und ihres Auftrages zur Disposition stellt?

Auch hier ist Differenzierung nötig: Wenn Kirche im politischen Raum handelt, dann kann sie dies nicht im Selbstbewusstsein tun, eine höhere Wahrheit zu vertreten, die der Kritik überhoben wäre. Damit würde die Kirche die ihr anvertraute Botschaft mit ihrer eigenen institutionellen Gestalt verwechseln. Im politischen Raum zählt die Kraft des guten Arguments und es zählt, ob das Wort der Kirche durch eine überzeugende und ausstrahlungskräftige Gestalt ihres eigenen Lebens und Handelns gedeckt ist. Das Reden und Handeln der Kirche im politischen Raum kann daher nur auf Augenhöhe mit den Gesprächspartnerinnen stattfinden. Wichtig ist es allerdings, diesen Partnern die Motivationsquellen, aus denen politische Positionen der Kirche gespeist sind, und die Sprachformen und die Praxisgestalten des Glaubens, in denen diese Positionen verankert sind, nicht vorzuenthalten. Auch diese haben ihren Platz in der Öffentlichkeit.

Das Politische und ‚das eine Wort Gottes‘ (Barmen I)

Dort aber, wo es um ihr Selbstverständnis geht, wird es für die Kirche wichtig bleiben, sich nicht nur als eine Akteurin der Zivilgesellschaft unter vielen anderen zu beschreiben. Wenn aus der Perspektive des Staates die Rechtsordnung das



„Allgemeine“ markiert, und die vielen Akteure innerhalb dieses Rahmens jeweils nur für besondere, „partikulare“ Positionen und Traditionen stehen, so kehrt sich dieses Verhältnis von „universal“ und „partikular“ in der Perspektive des Evangeliums von Jesus Christus in gewisser Hinsicht um. Der politische Prozess ist veränderlich und politische Ordnungen vergehen. Für den Grund der Kirche aber gilt, was in der ersten These der Barmer Theologischen Erklärung prägnant ausgedrückt ist: *„[...] Jesus Christus, wie er uns in der Heiligen Schrift bezeugt wird, ist das eine Wort Gottes, das wir zu hören, dem wir im Leben und im Sterben zu vertrauen und zu gehorchen haben.“*^[1]

Diese theologisch so konzentrierte – und damit scheinbar unpolitische – Formulierung war im Jahr ihrer Entstehung, 1934, hoch politisch. Sie bezeichnet den für Staat und Gesellschaft unzugänglichen und angreifbaren Grund des Seins der Kirche, von dem aus für viele Christinnen erst Widerstand gegen die nationalsozialistische Unrechtsdiktatur möglich war.

Wohl bemerkt: Hier geht es um den ‚Ausnahmestandard‘ des Widerstands gegen eine ins Verbrechen abgeglittene totalitäre politische Ordnung, nicht um den ‚Normalfall‘ des politischen Lebens in einer freiheitlichen Demokratie. Nicht in jedem politischen Konflikt wird man sich auf ein Widerstandsrecht berufen können, aber dennoch bleibt es für die politische Ordnung entscheidend wichtig, dass es diese Grenzbestimmung des Widerstands und des zivilen Ungehorsams gibt – nicht um die Rechtsordnung in Frage zu stellen, sondern gerade um sie zur Geltung zu bringen.

Politische Kirche sein in Deutschland

Was heißt es nun, im Deutschland gegenwärtig ‚politisch‘ Kirche zu sein? Die große, die entscheidende innenpolitische Herausforderung unseres Landes wird es in den nächsten Jahren und vermutlich noch viele Jahre lang sein, mit Fremdheit, mit Diversität, mit Unterschieden umzugehen. Viele geflüchtete Menschen sind nach Deutschland gekommen. Mit den Familiennachzügen werden es noch mehr werden, und es ist nicht absehbar, dass politische Gesamtstrategien für den Gürtel der Gewalt existieren, aus dem sich von Nordafrika bis nach Pakistan Menschen auf die Flucht begeben, um ein sicheres und besseres Leben zu suchen.

Der Klimawandel und wachsende Ungleichheit in den Wirtschaftsbeziehungen zwischen Nord und Süd verschärfen diese Situation. Die großen Wanderungsbewegungen beschleunigen die rasanten Prozesse des sozialen Wandels in unserem Land. Der Eindruck, dass vertraute Lebensumgebungen, Institutionen und Werte diesem Wandel nicht mehr standhalten, macht vielen Menschen Angst, sie fürchten, abgehängt zu werden. Das Vertrauen in die Funktionsfähigkeit der staatlichen Institutionen wird brüchig. In diesem Umfeld gedeiht die Sehnsucht nach einfachen Lösungen für komplexe Probleme und nach homogenen Lebenswelten. Politische Extremismen und politische Gewalt können sich in diesen Räumen ausbreiten, in denen das staatliche Gewaltmonopol in Frage gestellt scheint und eine demokratische Kultur der Teilhabe an politischen Entscheidungsprozessen geschwunden ist. Hier werden Schritt für Schritt auch Vorstellungen plausibel, die Anerkennung der Menschenwürde und der Menschenrechte von ‚Zugehörigkeit‘ abhängig machen und nicht mehr als universales und unteilbares Prinzip für jeden Menschen gelten lassen.

„Das Vertrauen in die Funktionsfähigkeit der staatlichen Institutionen wird brüchig. In diesem Umfeld gedeiht die Sehnsucht nach einfachen Lösungen für komplexe Probleme und nach homogenen Lebenswelten.“

Hier muss die Kirche politisch ganz klar Position beziehen: Vom Evangelium her gilt für jeden Menschen, unabhängig von seiner oder ihrer Zugehörigkeit zu einem politischen Gemeinwesen oder einer kulturellen oder religiösen Gemeinschaft, die universale Norm des Respekts und der Anerkennung, die in der biblischen Überzeugung gründet, dass jeder Mensch geschaffen ist zum Bilde

Gottes. Die Kirche wird diese Norm im politischen Raum zur Geltung bringen und wird in einem nächsten Schritt der Konkretion Politiken der Integration und der Inklusion einfordern und in ihrem eigenen Verantwortungsbereich exemplarisch verwirklichen. Umgekehrt wird sie Politiken und Kulturen der Exklusion widersprechen, wird sich jeder Gewalt widersetzen und für eine Praxis der Verständigung eintreten. Sie wird dies mit einem wachen Auge und Sinn für ihre eigenen Gefährdungen tun, dort etwa, wo in der Kirche und aus der Kirche heraus für eine vermeintliche kulturelle oder religiöse Homogenität eines ‚christlichen Abendlandes‘ agiert wird.

Die unbedingt nötige Abgrenzung gegenüber derartigen entstellten Formen des Bezuges auf christliche Tradition wird man aber mit einem wachen Sinn für die Ängste betroffener Menschen zu vollziehen haben und in einem sorgsamem Hören und ernst Nehmen der Erfahrungen hinter den Ressentiments. Selbst die Politik der Abgrenzung darf nicht von vornherein exkludieren, sondern muss auf Integration und Inklusion in eine Kultur des Aushandelns und der Verständigung bezogen sein.

Beten und Tun des Gerechten

Die Essenz dieser Überlegungen lässt sich bei einem der großen Vorbilder eines in gleicher Weise politischen wie spirituell gefüllten Christseins unter den Bedingungen der totalitären Herrschaftsformen des 20. Jahrhunderts finden, bei Dietrich Bonhoeffer. In einem Text aus dem Mai, Gedanken zum Taufstag von D.W.R., schrieb Bonhoeffer: *„[...]unser Christsein wird heute nur in zweierlei bestehen: im Beten und im Tun des Gerechten unter den Menschen. Alles Denken, Reden und Organisieren in den Dingen des Christentums muß neu geboren werden aus diesem Beten und aus diesem Tun.“*^[2] Aus diesem Beten soll und muss auch heute alles politische Tun der Kirche geboren werden. Dieses politische Tun soll und muss aber auch die notwendige Konsequenz dieses Betens sein.

[1] Barmer Theologische Erklärung, Artikel 1

[2] Bonhoeffer (1977) S. 156